

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

**zu der Beschlussempfehlung und zu dem Bericht
des Ausschusses für Europa und Internationales
– Drucksache 16/5743**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/5609**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5628**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP
– Drucksache 16/5629**

Weißbuch zur Zukunft Europas

Der Landtag wolle beschließen,
festzustellen,

1. dass der vom Präsidenten der Europäischen Kommission angestoßene „Weißbuch-Prozess zur Zukunft Europas“ einen falschen Begriff nutzt, da es in ihm nur um die Zukunft der EU geht, während Europa mit den europäischen Teilen Russlands und der Türkei, den Ländern Norwegen, Island und vielen anderen mehr – und damit „Europa“ – nicht Gegenstand ist;
2. dass das Ergebnis dieses Prozesses nach Aussagen u. a. der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) bereits vor dessen Start feststand und es sich nicht um die versprochene ergebnisoffene Diskussion über die Zukunft der EU handelte;
3. dass die konstruktive Kritik aus der AfD und vielen anderen Parteien an der realen EU für eine Renaissance Europas in keiner Weise angemessen behandelt oder kommuniziert wurde;
4. dass die im Rahmen des Weißbuch-Prozesses vorgelegten Reflexionspapiere der EU-Kommission zu den einzelnen Politikfeldern in zum Teil extremer Weise auf das Ziel „Mehr EU/Mehr Zentralisierung“ festgelegt waren und damit weder dem selbstgestellten Anspruch noch dem Ziel einer sinnvollen Reform der EU dienen konnten und können;
5. dass Bürgerbeteiligung in vorbestimmten Formen mit kontrollierten Ergebnissen kein Ersatz für Bürger- und Volksentscheide ist;

6. dass in der Gesamtbewertung der Weißbuch-Prozess und insbesondere auch die Rolle der Landesregierung in ihm eine Irreführung der Öffentlichkeit und einen Missbrauch von Steuergeldern darstellt;
7. dass der Landtag von Baden-Württemberg eine wirklich ergebnisoffene Diskussion über die Zukunft der EU und Europas wünscht;
8. dass der Landtag von Baden-Württemberg für Frieden, Freiheit und den Schutz der Menschen- und Eigentumsrechte und gegen deren Aushöhlung durch die EU eintritt.

02. 04. 2019

Gögel, Dr. Grimmer, Sänze
und Fraktion

Begründung

Der Weißbuch-Prozess war und ist eine Inszenierung zur Mobilisierung der Bevölkerung für die politischen Ziele der alten Parteien mit Blick auf die Europawahl 2019. Die Szenarien für einen Rückbau der EU wurden zwar im ursprünglichen Papier von Kommissionspräsident Juncker genannt, wurden aber in der Folge nur als Karikaturen und Negativprojektionen genutzt – wenn überhaupt. Die Reflexionspapiere der Kommission zu einzelnen Handlungsbereichen sind durch einen unbändigen Drang nach mehr Zentralisierung, mehr Macht für Brüssel, mehr EU gekennzeichnet: Der Ist-Zustand ist unhaltbar, der Rückbau keine Alternative – also wollen die Technokratie in Brüssel und ihre Unterstützer in Berlin und Stuttgart mit aller Gewalt den EU-Zentralstaat.

Landesregierung und Altparteien haben sich zum Diener der politischen Vorgaben aus Brüssel und Berlin gemacht und wollen die Bürger noch mehr der Brüsseler Technokratie ausliefern. Echte Demokratie in Form eines Bürgerentscheids über die Zukunft der EU fand nicht statt. Echte Demokratie im Sinne eines gleichberechtigten Wettstreits der Ideen in offener Diskussion fand nicht statt. Die selbstreferentielle Diskussion der EU-Zentralisierer in Brüssel, Berlin und Stuttgart führte zum vorbestimmten Ergebnis „MEHR EU“. Die an sich notwendige tiefgreifende Reform der EU wurde und wird nicht befördert. Die wünschenswerte Idee einer ergebnisoffenen Diskussion über die Zukunft der EU wurde pervertiert, dem Gedanken des Friedens und des Wohlstands in Europa, dem Ziel des Schutzes der Menschen- und Eigentumsrechte geschadet. Der Landtag von Baden-Württemberg sollte sich von einem solchen Vorgehen distanzieren.